Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 8. Donnerstag den 11. Januar. 1849.

Inland.

Posen, den 9. Januar. In der gestern Nachmittag abgehaltenen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde vor der Tagesordnung von dem Secretair Hirsch in einer kurzen Ansprache an die Versammlung des plötzlich verstorbenen, allgemein geachteten Mitglieds des Stadtverordnetenkollegiums, Herrn Kantorowicz gedacht, worauf die ganze Versammlung zum Beweise ihrer Anerkennung der Verdienste des Verstorbenen sich erhob. — Hierauf wurden die Stadtverordneten aufgefordert, vier Mitglieder aus ihrer Mitte zu erwählen, welche im Verein mit vier Mitgliedern des Magistrats — den Herren rc. Naumann, Dähne, Kramarkiewicz und Thayler — die Listen der Urwähler zur ersten Kammer zu prüfen haben; die Wahl fiel auf die HH. Knorr, Träger, Asch und Behr. — Darauf theilte der Oberbürgermeister den Versammelten mit, daß in den nächsten Tagen die Instruction für die Wahlkommissarien erscheinen werde, und forderte zugleich die früheren Commissarien auf, auch diesmal die Function zu übernehmen, was bereitwillig zugesagt wurde. Auf eine diesfällige Anfrage des Stadtverordneten Müller erwiederte der Oberbürgermeister, daß die Wahlen diesmal überall in geheizten Lokalen abgehalten werden sollen. — Hierauf wurden zwei Reclamationen von angeblich mehr als 600 hiesigen Einwohnern gegen die neue erhöhte Einkommensteuer verlesen. Der Magistratsvorstand erklärte, daß er die erbetene Einsicht der Acten zur Kenntnißnahme von den dringenden Gründen der Steuererhöhung einer Bürgerdeputation bereits zugesagt habe, gleichwie die successive Veröffentlichung des städtischen Finanzetats p. 1818 durch die Posener Zeitungen. Es entspann sich hierauf eine lebhafte und erschöpfende Debatte über die Wiederaufnahme dieser für die Einwohner Posens so wichtigen Angelegenheit, an welcher sich die Stadtverordneten Bielefeld, Müller, Mamroth, Crousaz, Szymanski, Wendland, Träger, Hirsch und Körber betheiligten. Der Antrag, die Sache noch einmal aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen, dagegen der Vorschlag „bis zur Erledigung der Reklamationen Exekutionen nicht eintreten zu lassen" mit großer Stimmenmehrheit verworfen. — Schließlich wurde eine Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Müller, Träger, Mamroth, Wendland und Jonas ernannt, um vereint mit dem Magistrat und unter Zuziehung einer Deputation der Reklamanten, den Etat der städtischen Ausgaben noch einmal genau zu dem Zwecke zu prüfen, ob eine Ermäßigung derselben zu ermöglichen oder das zurückgezahlte Drittel der Mahlsteuer zu Armenzwecken zu verwenden sei, mithin die Einkommensteuer auf einen niedrigern Satz zurückgeführt werden könne. — Hiernächst wurde die Bestallung des zum unbesoldeten Stadtrath erwählten Herrn Major Kniffka vollzogen. Dann wurde die Antwort mitgetheilt, welche das Königl. Ministerium des Innern auf das Gesuch der Kommunalbehörden um Aufhebung des Provinzial-Feuer-Versicherungs-Zwangsverbandes unter dem 30. November p. ertheilt hat, und gleichzeitig der Beschluß gefaßt, sofort eine neue Adresse, zu deren Mitvollziehung der Magistrat einzuladen sei, an das genannte Ministerium zu richten, damit dasselbe die, einer Deputation hiesiger Grundbesitzer ertheilte vorläufige Zusicherung der Aufhebung des Zwangs-Verbandes, möglichst bald, und jedenfalls noch vor dem Zusammentritt der Kammern zu einem definitiven Beschlusse erhebe. Diese Adresse wurde sofort von dem Stadtverordneten v. Crousaz concipirt und darauf vollzogen. — Schließlich wurden mehrere Consense vollzogen, und die Ernennung des interimistischen Lehrers Więzewski genehmigt.

†† Posen, den 9. Januar. Die auch in Westpreußen verbreitete Liga polska hat zu ihren Versammlungen mehrfach katholische Kirchen benutzt, ja sogar vor dem Beginn derselben einen feierlichen Gottesdienst abhalten lassen. Zur Abwehr eines solchen Mißbrauchs der Kirchen hat der Bischof von Culm Anastasius Dr. Sedlag am 26. v. M. an den Clerus seiner Diöcese ein Verbot in lateinischer Sprache erlassen, worin er unter Bezugnahme auf die Satzungen des h. Trid. Concils so wie anderer kanonischen Bestimmungen die Geistlichen wegen dieser Entweihung der Kirchen sehr scharf tadelt und ihnen es insbesondere verweist, daß sie gegen ihre heilige Verpflichtung sich in solche weltlichen Angelegenheiten eingelassen und mit ihrem heiligen Amt vermengt, ja mit dem Glanz gottesdienstlicher Weihe verherrlicht haben.

Zugleich schärft er aber ihnen bei den in den citirten Kirchengesetzen bestimmten Strafen ein, daß sie unter keinem Vorwand wieder ohne seine Erlaubniß dergleichen außergewöhnlichen Gottesdienste feiern, daß sie keine öffentlichen Reden und Versammlungen in der Kirche dulden, ja dieselben, wenn sie auch in Privat-Lokalen stattfinden sollen, von der Kanzel nicht ankündigen, und überhaupt alles und jedes, was dem Gottesdienst fremd ist, von den Kirchen gänzlich fern halten sollen.

CC Berlin, den 8. Jan. Die zu vorgestern Abend auf dem neuen Bahnhofe in Potsdam angesetzte Versammlung von Urwählern Potsdams hat einen Erfolg gehabt, der die Erwartungen der Unternehmer bedeutend übertroffen hat. In dem sehr geräumigen großen Saale des Bahnhofs konnte buchstäblich kein Apfel zur Erde fallen; so gefüllt von Menschen aller Klassen, aller Stände war er. Es saßen und standen dicht gedrängt gegen 14 bis 15 hundert Menschen in demselben und 5 — 6 hundert mußten umkehren, weil sie auch auf den Gängen und an den Thüren des Saales keinen Platz mehr bekommen konnten, Auch die Landleute des Osthavellands und gegen 200 Soldaten hatten sich eingefunden. Den wahrhaft meisterhaften Reden der Herrn Jakobs, Hegewaldt, von Fock, von Schlegell, Riegler rc. lauschte man mit lautloser Stille und zollte ihnen endlosen Beifall. Redner der Gegenpartei, deren mehrere anwesend waren, wagten nicht aufzutreten. Der Sieg der konservativen, d. h. der aufrichtig freisinnigen, konstitutionellen Partei in Potsdam zeigte sich aufs bestimmteste in dieser Versammlung und sprach sich in der öffentlichen Meinung gestern aufs Klarste aus. Eine Versammlung, welche die demokratische Partei im Apollo Saale veranstaltet hatte, ist ohne Anklang und Nachhalt zu finden, vorübergegangen. — Dem Abgeordneten Jacobi scheint es sehr schwer zu werden, ein Plätzchen, das ihn für die nächsten Kammern wähle, herauszufinden. Nachdem er in Berlin und Königsberg zur Unmöglichkeit geworden, verlautet jetzt, daß er die Gegend von Marienwerder als den künftigen Ausgangspunkt seiner parlamentarischen Thätigkeit gewählt hat.

Berlin, den 9. Januar. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. verordnen auf Grund des Artikels 105. der Verfassungs-Urkunde, nach dem Antrage Unseres Staats-Ministeriums, was folgt: Die nach §. 1. der Verordnung vom 8. März 1832 (Gesetz-Sammlung Seite 119.) zur Räumung des Schnee's von den Chausseen zu leistende Hülfe der Einwohner des Orts, in deren Feldmark sich der Schneefall ereignet, soll künftig nicht mehr unentgeltlich gefordert, sondern dafür in gleicher Weise, wie dies im §. 3. der gedachten Verordnung bestimmt ist, das zu der Zeit am Orte gewöhnliche Tagelohn aus der Chaussee-Bau-Kasse gezahlt werden. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 6. Januar 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Gr. v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel.
v. Strotha. Rintelen. v. d. Heydt.
Für den Finanz-Minister. Graf v. Bülow.
Kühne.

Verordnung wegen Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Hülfsleistung bei Räumung des Schnee's von den Chausseen.

— Die neueste Nummer (1) der Gesetzsammlung enthält u. A. folgende, unter dem 4. d. M. ergangene, von dem gesammten Staats-Ministerium gegengezeichnete Verordnung:

„Wir Friedrich Wilhelm rc. rc. verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, in Erwägung, daß die Vermögens-Confiskation durch den Art. 9. der Verfassungsurkunde aufgehoben und hierdurch die Substituirung einer andern Strafe für das Verbrechen der Desertion und des Austritts militairpflichtiger Personen, zu einem dringenden Bedürfniß geworden ist, auf Grund des Art. 105. der Verfassungs-Urkunde, für den ganzen Umfang Unsrer Monarchie, was folgt: §. 1. Gegen Deserteure, deren man nicht habhaft werden kann, sowie gegen diejenigen Personen, welche, um sich der Pflicht zum Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres zu entziehen, die Preuß. Lande verlassen, soll anstatt der Vermögens-Confiskation auf Geldbuße von 50 bis zu 1000 Thalern erkannt werden. Die Bestimmungen über das Verfahren bleiben unverändert. §. 2. Unsere Minister des Kriegs und der Justiz werden mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich u. s. w."

— Der hiesige K. Oesterreichische Gesandte, Graf v. Trauttmannsdorff, konferirt fast täglich mit dem interimistischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Gr. v. Bülow.

— Wir erfahren, daß der Gen. v. Radowitz bereits vor mehreren Monaten aus dem Preußischen Staatsdienste getreten ist.

— Die Berliner Universität ist jetzt vollständig in den alten geregelten Gang zurückgekehrt, so daß von den Zuständen des vergangenen Sommers kaum noch eine Spur zu bemerken ist. Unter den Studirenden herrscht der größte Fleiß, auch sind viele Fremde da, namentlich Engländer.

— Wegen der Steuerverweigerung in Guben ist jetzt die Untersuchung förmlich eingeleitet. Das Kammergericht hat zur Feststellung des Thatbestandes einen der jüngeren Assessoren, Herrn Hientzsch, dorthin committirt. Auch im Regierungs-Bezirk Bromberg ist bereits gerichtlich gegen die Vorgänge, die sich an den Beschluß der National-Versammlung vom 15. Nov. v. J. geknüpft haben, eingeschritten. Die beiden Brüder des Abgeordneten von Czarnikau, Rektors Schmidt, sind wegen Verbreitung des Beschlusses und der Proklamation gefänglich eingezogen, jedoch jetzt, nach fünfwöchentlicher Haft, entlassen worden.

Breslau, den 7. Januar. In Folge der öffentlichen Erklärung des Pfarrers Schaffraneck ist die über ihn verhängte Suspension wieder aufgehoben. — Der Central-Handwerkerverein der Provinz Schlesien ist von dem Minister v. d. Heydt aufgefordert worden, als Vertreter der Provinz zwei Handwerksmeister und einen Gesellen nach Berlin zur Berathung der Gewerksordnung zu schicken. — Der Verein für gesetzliche Ordnung hat ein Cholera-Comité gebildet, welches bereits angefangen hat, täglich 300 Portionen Suppe zu vertheilen. Auch wurden an die Bewohner der Kasematten Cholerabinden und Decken geschenkt. — Die Cholera tritt jetzt bedeutend heftiger auf. Es sind vom 4. Mittags bis zum 5. Mittags 77 Personen daran erkrankt, 39 gestorben.

Altona, den 6. Januar. Eine Denkschrift des Reichsministeriums der auswärtigen Angelegenheiten über das Verhältniß zu Dänemark (d. d. 29. Dezember v. J.) recapitulirt die Ereignisse seit dem Abschluß des Waffenstillstandes und stellt das vertragsbrüchige Benehmen Dänemarks in ein scharfes Licht. Am Schluß erklärt dann die Reichsregierung, daß sie sich den drohenden Schritten Dänemarks gegenüber auf Maßregeln der Vorsicht beschränkt habe, und daß sie den Waffenstillstand, so lange sie nicht zum Gegentheil gezwungen werde, freiwillig einzuhalten entschlossen sei, sowie, daß sie mit angestrengter Bemühung das Ziel verfolge, die nicht durch sie heraufbeschworene Gefahr wieder zu beseitigen.

Oldenburg, den 5. Januar. Die lange erwartete Erklärung des Großherzogs über die Domänen und die Civilliste, ist dem Landtage geworden. Aber eine Freudenbotschaft haben wir dem Lande nicht zu bringen. Der frühere Vorschlag, von der geforderten Summe der Civilliste (180,000 Thlr.) für die ersten 3 Jahre mit Rücksicht auf die schwere Steuerlast des Landes 30,000 Thlr schwinden zu lassen, ist zurückgenommen, statt dessen wird dem Landtage zugemuthet, eine Civilliste von 170,000 Thlr. mit Einschluß aller Apanagen rc. herzustellen in Einkünften von Domänen, welche derselbe als fürstliches Haus- und Familiengut anerkennen soll, und zwar ohne besonderen Nachweis dieser ihrer Natur im Einzelnen.

Hannover, den 6. Januar. Die Hannover'sche Zeitung veröffentlicht zwei Briefe des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Hannoverschen Bevollmächtigten in Frankfurt, in welchen die Gültigkeit der Grundrechte für Hannover anerkannt, und die Einführung derselben sobald als möglich versprochen wird.

— Die Hannoversche Zeitung bringt folgendes Handschreiben des Königs: „Hr. Stadtdirektor! Es thut mir sehr leid, zu erfahren, daß eine Deputation der Bürgerwehr soll hier gewesen sein am vorigen Montage, und sind nicht angenommen worden, welches ich erfuhr erst den Abend. Sonst hätte ich Sie darüber gesprochen. Mir war gar keine Anfrage gemacht: ob und wann ich konnte sie sehen, sodaß durch diese Versäumniß ist es gekommen, und der Hofrath Dr. Holscher als Chef hätte sollen vorher angefragt haben. Dieses ist nicht geschehen, so wünsche ich, daß Sie den Herren mögen in meinem Namen eröffnen, wie leid es mir thut, daß durch diese Versäumniß des Dr. Holscher als Chef ich bin beraubt gewesen, eine Gelegenheit zu haben, den Herren zu bezeugen meinen Dank für ihre Bemühungen und ihren Eifer: Ordnung in der Stadt zu erhalten. Ich wünsche also, daß Sie dieses dem Corps in meinem Namen eröffnen und bleibe Ihnen wohlgewogen. Hannover, 4. Jan. 1849. Ernst August.

Frankfurt, den 4. Januar. (P.-A.-Z.) Wenn einem alten Bundestagsgesandten das Protokoll der Konferenz der Bevollmächtigten der Deutschen Staaten mit dem Gesammtreichsministerium vom 25. Dec. v. J. zu Gesicht kommen sollte, so mußte ihm das Herz im Leibe vor Freude lachen, während uns das Gefühl schmerzlichen Unbehagens, ja der Trauer erfüllt. Was liest er darin? Zuvörderst ergreift der Präsident des Reichministeriums das Wort, und eröffnet den Bevollmächtigten der 39 souveränen Deutschen Bundesstaaten, daß die einzig und allein verfassunggebende Reichsversammlung unterm 21. v. M. einen Beschluß über die Grundrechte des Deutschen Volkes und das bezügliche Einführungsgesetz gefaßt habe, der vollzogen werden müsse und über den keine weitere Berathung mehr stattfinden könne. Hierauf entgegnet der Bevollmächtigte Oesterreichs, daß er bereits gesagt, daß seine Regierung sich um solche Beschlüsse nicht kümmern könne, bis sie in eigenem Hause Ordnung geschaffen habe, und daß sie, wenn dies geschehen, schon sagen werde, was ihr an den Frankfurter Beschlüssen genehm sei und was nicht. Der Bevollmächtigte Preußens meint, daß seine Regierung sich alle Mühe gebe, mit der Reichsversammlung materiell gleichen Schritt zu halten, und daß sie prüfen werde, inwiefern dies auch rücksichtlich der Grundrechte geschehen könne. Der Bayerns stellt die Bayerische Ständeversammlung ohne weiteres über die Reichsversammlung und will erst die ganze Reichsverfassung sehen, ehe seine Regierung sich über einen Theil derselben aussprechen könne. Der Bevollmächtigte des Königreichs Sachsen erklärt, daß seine Regierung zwar von ihren Ständen ermächtigt sei, alle Beschlüsse der Reichsversammlung genehm zu halten, daß sie aber von dieser Ermächtigung nur cum grano salis Gebrauch machen werde. Der Hannovers sagt, sein König sei zwar durch und durch Deutsch gesinnt, könne aber ohne seine Stände nichts thun, und werde keinen Theil der neuen Verfassung des Reichs publiciren, bevor man sich nicht über das Ganze verständigt habe. Der Würtembergische Bevollmächtigte findet einzelne Bestimmungen der Grundrechte bedenklich, meint aber, daß sie gleichwohl würden publicirt werden, da nun einmal zwischen Regierung und Stände eine Vereinbarung getroffen sei, daß die Gesetze

der Nationalversammlung in Würtemberg gesetzliche Kraft erhalten sollen. Der Badische Bevollmächtigte zweifelt nicht, daß seine Regierung, da sie immer für die Einheit Deutschlands gewesen sei, neue Beweise ihrer patriotischen Gesinnung ablegen werde, will deßhalb aber nicht minder Instructionen einholen. Der großherzoglich Hessische erachtet die Publicirung der Reichsgesetze im „Reichsgesetzblatt" für hinreichend, damit sie auch im Großherzogthum zur Anwendung kommen. Für Schleswig-Holstein wird erklärt, daß dort noch Alles im Ungewissen schwebe, und daher eine bestimmte Zustimmung nicht ertheilt werden könne. Der Bevollmächtigte für Lauenburg zweifelt nicht an den patriotischen Gesinnungen der Lauenburger. Der Bevollmächtigte von Luxemburg und Limburg findet die Publicirung der Grundrechte für Luxemburg bedenklich, für Limburg aber unzulässig. Der Bevollmächtigte von Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt ist zwar ohne Instruktion, zweifelt aber nicht an der Bekanntmachung und Vollziehung der Grundrechte. Sachsen-Altenburg hat nicht instruirt, und der Bevollmächtigte trägt daher seine persönliche Ansicht der Sache vor. Der Bevollmächtigte von Braunschweig ist ohne Instruktion, erläutert aber, wie die Reichsgesetze in Braunschweig verkündet zu werden pflegen, ohne verbürgen zu können, daß sich die Landesbehörden auch darnach richten werden. Nassau äußert sich wie Großherzogthum Hessen. Für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wird die beruhigende Zusicherung ertheilt, daß bei der neuen Landesverfassung wohl auf die Grundrechte des Reichs Rücksicht werde genommen werden. Uebrigens sei der Bevollmächte ohne Instruktion. Der Bevollmächtigte von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen zweifelt nicht an der genügenden Vollziehung der Grundrechte, kann aber, da er nicht instruirt ist, keine bindende Zusicherung ertheilen. Eben so äußert sich der Bevollmächtigte der ehemaligen sechszehnten Curie des Bundestags. Dem Bevollmächtigten für Lübeck, Bremen und Hamburg ist wegen der in den Grundrechten enthaltenen Bestimmung über die Freizügigkeits- und Heimathsverhältnisse bange, durch welche dem Proletariat und dem Communismus Thür und Thore geöffnet werde; derselbe verlangt daher eine Erweiterung des Vollzugstermins. Frankfurt will hinter den andern Staaten nicht zurückbleiben, obschon nicht alle Bestimmungen der Grundrechte dem öffentlichen Besten entsprechen dürften. Das Reichsministerium nimmt die vorstehenden Aeußerungen zur Wissenschaft, und der Ministerpräsident spricht die Erwartung aus, daß mit Ausnahme von Oesterreich und Limburg die örtliche Verkündung und der Vollzug des mehrgenannten Beschlusses, sobald derselbe als Reichsgesetz erscheine, Hindernissen nicht unterliegen werde. Nachdem sich aus den Erklärungen der Bevollmächtigten die größte Uebereinstimmung darüber ergeben hat: 1) daß sie mit Instruktionen nicht versehen sind; 2) daß ihre Regierungen die formelle Giltigkeit der Reichsgesetze theils von dem Zustandekommen der ganzen Reichsverfassung auf dem Wege der Vereinbarung, theils von der Verständigung mit ihren Ständen abhängig machen, und 3) daß manche der in den Grundrechten enthaltenen Bestimmungen an und für sich mit großen Bedenken verbunden seien, so steht allerdings zu hoffen, daß die Einführung und Vollziehung der Grundrechte mit weiteren Hindernissen nicht zu kämpfen haben werde, indem es an den zur Anzeige gebrachten bereits mehr als genug ist. Wenn noch irgend Jemanden ein Zweifel darüber beiwohnt, daß eine Deutsche Nation und eine Deutsche Macht ohne eine künftige Centralgewalt, mithin ohne ein einheitliches Oberhaupt nicht bestehen kann, so müssen wir ihn alles Ernstes auffordern, sich das Studium der Conferenzprotokolle der Bevollmächtigten angelegen sein zu lassen. Wird er nach Durchlesung zweier solcher Protokolle nicht eines Besseren belehrt, so erklären wir ihn für einen unheilbaren Partikularisten.

Frankfurt, den 5. Jan. Nachstehendes ist der Text der in den letzten Tagen mehrfach erwähnten Oesterreichischen Note:

„Wien, den 28. Dec. 1848. Ohne in eine erschöpfende Erörterung des von dem Herrn Minister v. Gagern der Deutschen Nationalversammlung vorgelegten Programms einzugehen, was einem anderen Zeitpunkt vorbehalten bleibt, glaube ich dennoch die Aufmerksamkeit des Ministers schon heute auf nachstehende Punkte lenken zu müssen. Es wird in Ihrem Programm von der Ansicht ausgegangen, als spreche Oesterreich an, in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat nicht einzutreten, d. h. sich von demselben auszuschließen. Die Darlegung der Politik des Oesterreichischen Cabinets, wie sie am 27. v. M. zu Kremsier geschehen ist, hat jedoch ausdrücklich die Regelung der Deutschen Verhältnisse einer weiteren Vereinbarung vorbehalten und eine Absicht, wie sie uns in dem Programm des Hrn. von Gagern unterlegt wird, keineswegs ausgesprochen. Es ergiebt sich daraus, daß, wenn wir die Prämisse nicht zugeben, wir uns auch mit den weiteren Folgerungen unmöglich für einverstanden erklären können. Oesterreich ist heute noch eine Deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, hervorgegangen aus der naturgemäßen Entwickelung tausendjähriger Verhältnisse, gedenkt es nicht aufzugeben. Kann es gelingen, wie wir aufrichtig wünschen und gern erwarten, daß eine innigere Verschmelzung der Interessen der verschiedenen Bestandtheile Deutschlands zu Stande gebracht werde, wird das Verfassungswerk, an welchem Oesterreich sich betheiligt, auf eine gedeihliche Weise seinem Ziele zugeführt, so wird Oesterreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen. Jedenfalls würde der künftigen Gestaltung des bisherigen Deutschen Staatenbundes auf eine wesentliche Weise vorgegriffen, wollte man schon jetzt das Ausscheiden Oesterreichs aus dem wie es in dem genannten Programm heißt „zu errichtenden Bundesstaat" als eine ausgemachte Sache annehmen. Eine Folgerung dieser von uns als unstatthaft zurückgewiesenen Voraussetzung erscheint die von dem Herrn Minister bei der Nationalversammlung nachgesuchte Ermächtigung, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem Oesterreichischen Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen. Wir haben, eben so wie alle anderen Deutschen Bundesstaaten, einen Bevollmächtigten am Sitze der Centralgewalt. Seine Vermittelung wird, wie bisher, hinreichen, den Geschäftsverkehr mit dem Ministerium zu unterhalten. Ew. werden demnach beauftragt, bei Hrn. v. Gagern dahin zu wirken, daß er von dieser Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung aus den oben angedeuteten Gründen absehe. Das, was wir suchen, ist eine gedeihliche Lösung der großen Frage. Diese wird nur — davon möge der Herr Minister überzeugt sein — auf dem Wege der Verständigung mit den Deutschen Regierungen, unter welchen die Kaiserliche den ersten Platz, einnimmt, zu erreichen sein. Gern sind wir bereit, ihm bei dem schwierigen Werke die Hand zu reichen. Wir erwarten auch seinerseits — und seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen diese Hoffnung — eine richtige Würdigung der Verhältnisse und jenes bereitwillige Entgegenkommen, das allein zu einer befriedigenden Lösung führen kann. Empfangen ꝛc

(Gez.) Schwarzenberg".

Frankfurt a. M., den 5. Januar. 146ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Schluß.) Löwe von Kalbe ist gegen die Schlußworte des Vorredners. Nie werde in Deutschland die Einheit anders erlangt, als durch die Freiheit. Das Prinzip des Vorredners sei das verwerflichste; gerade auf die angegebene Weise werde die Einheit scheitern. Die Versammlung streite schon Stunden lang darüber, in welcher Form sie nichts thun wolle; überhaupt sei die Versammlung im Nichtsthun immer einig. Dadurch, daß dem Volke die Hoffnung gegeben werde, aus seiner Unterdrückung durch die Volksvertretung sich zu erheben, würden wohl einige Jahre der Ruhe erlangt, aber Mißtrauen werde dieser Ruhe auf dem Fuße folgen. Der Redner bittet die Versammlung, einer der motivirten Tagesordnungen sich anzuschließen. Evertsbusch aus Altona: Man habe heute zu wiederholtenmalen gehört, die Reichsversammlung habe das Vertrauen im Volke verloren; er (der Redner) erinnere sich an die Aussage eines weisen Mannes, daß ein Faktum durch Voraussagen hervorgerufen werden könne, und es scheine die Taktik einer Partei des Hauses dahin zu gehen, die Versammlung um das Vertrauen des Volkes zu bringen. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel könne wohl von sich sagen, was der Dichter der Maria Stuart sagen lasse: Ich bin besser, als mein Ruf. (Gelächter links.) Das Verbrechen dieses Ministeriums bestehe darin, daß es das brennende Haus gelöscht habe, ohne erst zu fragen, ob das preußische Volk mit dieser Handlungsweise zufrieden sei, und ohne zu fragen, ob auf der Brandspritze, womit der Brand gelöscht worden, der Name Vereinbarung stehe oder Name Oktroyirung. Die Inkonsequenz der Krone giebt der Redner zu, aber er müsse auch diese Inkonsequenz segnen im Namen des Vaterlandes, welches hierdurch vor dem Sturze bewahrt worden. Nirgends existire eine freiere Verfassung in Europa, als in Preußen. (Links: Ja, in Deßau!) Nicht wegen ihrer Wirksamkeit im Parlamente seien Preußische Abgeordnete gerichtlich verfolgt worden, sondern wegen ihrer Aeußerungen und Handlungen, wegen Aufreizung zum Aufruhr außerhalb der Landesversammlung. Man habe den Erlaß des Kultus-Ministers angegriffen, worin die Lehrer angewiesen würden, den Kindern Anhänglichkeit gegen die Fürsten einzupflanzen; ob man denn verlangen wolle, daß den aller Selbstständigkeit entbehrenden Kindern Grundsätze beigebracht werden sollten, welche den Umsturz der Staatsordnung herbeiführen! Von unselbstständigen Kindern solle doch wohl die Entscheidung in Staats-Angelegenheiten nicht ausgehen, sondern von selbstständigen Männern. (Heiterkeit.) Wenn ein Vorredner gesagt habe, jeder Unteroffizier fühle sich als einen kleinen Wrangel, so sei denn nur der Wunsch beizufügen, jeder Gemeine möge sich als ein Wrangel fühlen. (Bravo!) Abermals wird der Schluß der Debatte verlangt und wiederholt verworfen. Raveaux stimmt einem Vorredner bei, daß das Preußische Volk selbst sich helfen werde, ohne die Stütze der Reichs-Versammlung zu bedürfen. Die Mehrheit der neu zu wählenden Landesversammlung werde dies zeigen und jedenfalls auch gegen den Staatsstreich der Verfassungs-Oktroyirung protestiren. Von dieser Verfassung werde nur das gehalten, was das bestehende Ministerium zu halten für gut finde, ein Ministerium, welches sogar von der Reichsversammlung als unfähig erkannt worden, und dies wolle doch viel heißen. Jetzt, wo man die Landesversammlungen für gefährlich halte, adoptirt man endlich eine bereits im Mai von der Linken ausgesprochene Behauptung, die damals von der Rechten als anarchistisch verschrieen worden. Die Versammlung habe ihre Macht verloren durch ihre Rücksichten gegen die Fürsten. Beschließen Sie, was Sie nicht lassen können; beschließen Sie die einfache Tagesordnung, dann kann die Kommission, welche über die Blumsche Todtenfeier noch jetzt berathet, auch über ihre eigene Todtenfeier verhandeln. (Heiterkeit.) Der Schluß der Debatte wird zur Abstimmung gebracht und diesmal angenommen. Abgeordneter Zachariä aus Göttingen ergreift als Berichterstatter des Ausschusses das Schlußwort. Der Ausschuß habe in seinem Berichte bloß Thatsachen sprechen lassen und darum kein Urtheil über die eigentliche Rechtsfrage kundgegeben, da solche Urtheile immer sehr präjudizieller Natur seien und für spätere Fälle höchst bedenklich werden könnten. Der Ausschuß wolle in vorliegender Frage nichts Anderes thun, als was das Preußische Volk bereits gethan habe, das ja auch über diese Angelegenheit zur Tagesordnung übergegangen sei. Auf die Behauptung eines Vorredners (Wurm), der Ausschuß habe vergessen, das Verfahren Preußens ausdrücklich als einen Staatsstreich zu bezeichnen, entgegnet der Redner: wie es gute und schlechte Streiche überhaupt gebe, so gebe es auch gute und schlechte Staatsstreiche. Den Staatsstreich der Preußischen Regierung habe das Preußische Volk als einen guten acceptirt, und darum hauptsächlich empfehle der Ausschuß den Uebergang zur Tagesordnung. (Bravo!) Schüler aus Jena beantragt mit mehreren Genossen namentliche Abstimmung über sämmtliche zu stellende Fragen, worauf die Abstimmung vorgenommen wird. Sämmtliche eingebrachten Anträge werden verworfen; und zwar der Antrag des Ausschusses mit 230 gegen 202 Stimmen. Da die Versammlung zu keiner Beschlußfassung gelangt ist, so schlägt der Präsident vor, den Wesendonckschen Antrag zur nochmaligen Begutachtung an den Ausschuß zurückzuverweisen. Zachariä hält dies Verfahren nicht für zulässig; dem Ausschusse könne nicht zugemuthet werden, dieselbe Sache in anderer Weise zu behandeln; entweder müsse über den Wesendonckschen Antrag schließlich abgestimmt oder ein anderer Ausschuß mit dessen Prüfung beauftragt werden. Rösler aus Oels und Goltz aus Brieg sind für Niedersetzung eines neuen Ausschusses. In der Ueberzeugung, daß die Versammlung bei nochmaliger Berichterstattung dennoch zu keinem Beschlusse kommen werde, beantragt Raveaux, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Simon von Trier stellt von der Tribüne folgenden Antrag: In Erwägung, daß die National-Versammlung von vornherein darüber einverstanden war, nichts zu thun (Unruhe); in Erwägung, daß sie blos darüber berieth, wie sie nichts thun solle......... (Neue Unruhe in der Versammlung. Ruf: zur Ordnung!) Der Präsident läßt den Ordnungsruf ergehen. Der Redner beschwert sich darüber. Der Abgeordnete Löwe habe derselben Worte sich bedient wie er, ohne zur Ordnung gerufen zu werden. Der Präsident entgegnet, es komme hier auf den Zusammenhang der Worte an. Der Redner fährt in der Verlesung seines Antrags fort: in Erwägung, daß die Versammlung auch in dieser Beziehung, wie sie nichts thue, zu nichts gekommen ist (Große Unruhe; wiederholter Ruf: zur Ordnung!) Der Vorsitzende ersucht den Redner, keine fortgesetzten Beleidigungen gegen die Versammlung zu richten. Der Redner: Ich stelle diesen Antrag, weil ich überzeugt bin, daß in der vorliegenden Frage kein praktisches Resultat erzielt werden wird, und empfehle darum den Uebergang zur motivirten Tagesordnung. Die Abstimmung wird vorgenommen und der Raveauxsche Antrag, die Sache auf sich beruhen zu lassen, zum Beschlusse erhoben. Präsident Simson nimmt wiederum den Vorsitz ein. Abgeordneter von Soiron zeigt Namens des Verfassungs-Ausschusses an, daß der zurückgestellte §. 19 des Abschnitts vom Reichstag, die Reichsfinanzen betreffend, vollendet und zum Drucke befördert ist. Abgeordneter Hildebrand beantragt, im Interesse des Ausschusses zur Begutachtung des Ministerialprogramms, die Vertagung der Sitzungen bis zum nächsten Montag den 8. Januar. Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden. Gegenstand der Tagesordnung wird sein: Berathung über den Bericht des Ausschusses zur Begutachtung des auf die Oesterreichische Frage bezüglichen Programms des Reichsministeriums; eventuell, über den rückständigen §. 19. des Abschnitts vom Reichstag, die Reichs-Finanzen betreffend. Schluß der heutigen Sitzung gegen 8 Uhr Abends

Dresden, den 6. Jan. (D. Z.) Mit dem scheidenden Jahre hat Dresden durch die Auflösung der Gardedivision eine jener barocken altfränkischen Zierden verloren, welche die Blicke der ankommenden Fremden staunend zu mustern pflegten. Am vorletzten Tage des Jahres räumten die letzten Posten vor dem Portale des königl. Schlosses nüchternen Infanteristen vom Regiment Prinz Max das Feld. Große Menschenmassen umstanden theilnehmend den Schauplatz, auf welchem die große Katastrophe vor sich ging. „Auch Thränen fehlten ihrem Schicksal nicht," geweint vom ehrlichen sentimentalen Dresdener der alten Zeit, welcher mit diesen kolossalen Bärenmützen mit silbernem Behänge und silberner Granate, mit diesen rothen Röcken, sammtgelben Kragen, Unterfutter und Rabatten, mit diesen weißgelben Westen ein Stück der schönen alten Zeit dahinschwinden sah. Die örtliche Muse sang ihnen im „Anzeiger" eine Elegie nach und zitirte neben einem Napoleonischen Komplimente („die Garde Sachsens steht keiner in Europa nach") natürlich auch das dictum spurium von Waterloo. Die Mannschaften, im Ganzen zwei Kompagnieen von 446 Mann, sind nun unter andere Regimenter vertheilt, und für das Militairbudget dadurch eine Ersparung von 23,000 Thlrn. gewonnen worden.

Aus Thüringen, den 5. Januar. Die Wahlen zum weimarischen Landtage werden demnächst ausgeschrieben werden und dürfte die projektirte Vereinigung Thüringens in Verwaltung und Gesetzgebung, zu welchem Zwecke ein zweiter Ministercongreß dieser Tage in Gotha gehalten ward, wohl der erste Gegenstand seiner Betrachtungen sein. Mehr noch als hieran denkt aber die Thüringer Bevölkerung an die Herabsetzung der verschiedenen Civillisten. In Weimar hatte der alte Landtag diese auf 280,000 Thlr. festgesetzt, an welchen der Großherzog 30,000 Thlr. erließ, aber zu einem weitern Nachlasse wird er sich, wie wohl unterrichtete Personen behaupten, schwerlich verstehen. In Gotha ist wegen der Geldfragen auch Verstimmung zwischen dem Landtag und der Regierung eingetreten. Die Erträge vom Thüringer Wald sind um 16,000 Thlr. geringer geworden; an Frohnden und andern Lasten hat der Landtag den Landleuten schon ein Kapital von 40,000 Thlr. erlassen und ein nicht viel geringeres Kapital wird die Verbesserung des Kirchen- und Schulwesens in Anspruch nehmen. Dazu kommen die Mehrausgaben für das Militair, die Deutsche Flotte und Anderes. Und trotzdem und bei alledem will der Herzog nur einen Nachlaß von 5000 Thlrn. an seiner Civilliste zugeben. (D. A. Z.)

Stuttgart, den 4. Jan. Heute wurde die 52. Sitzung der Kammer der Abgeordneten gehalten. Für das ausgetretene Mitglied, Dr. Strauß, legt die Kammer durch Erhebung der Mitglieder von den Sitzen ihre volle Achtung an den Tag. — Eine Note des Finanzministeriums besagt, daß der König in eine gesetzliche Herabsetzung der Civilliste nicht einzugehen gesonnen sei, indem er nicht abweichen könne von der Verfassung, welche nur eine einmalige Verabschiedung der Civilliste auf des Königs Lebenszeit vorschreibe. Dagegen sei es der königlichen Entschließung vorbehalten, in Zeiten der Noth, wie bisher, Nachlässe zu bewilligen. Was die Revision des Gesetzes über die Apanagen betrifft, so werden die Vorbereitungen dazu möglichst beschleunigt werden, von einem rückwirkenden Einfluß aber, so daß etwaige Erleichterungen dem jetzigen Etatsjahre zu gute kämen, könne keine Rede sein.

Wien, den 5. Januar. Die Galizischen Deputirten erhalten aus ihrer Heimath Zuschriften, um sich der dortigen zahlreichen und namentlich durch die Russische Grenzsperre hart bedrängten Judenbevölkerung in der Art anzunehmen, daß den Galizischen Israeliten Colonien in Ungarn und Dalmatien angewiesen würden. In beiden, in so vielen Stücken durch Geistesarmuth der Bewohner höchst vernachlässigten Ländern bleibt guten Köpfen, gleich wie rüstigen Händen, noch ein weiter Spielraum. Uebrigens

begiebt sich eine aus den verschiedenen Provinzen gebildete, Israelitische Deputation nach Kremsier, um sich für die völlige Gleichberechtigung zu verwenden, wofür sich indeß das Ministerium bereits laut ausgesprochen hat.

— Unter den bei Tyrnau gefangenen Ungarn befanden sich auch drei Compagnieen von E. H. Ernest's Infanterie, die, ohne einen Schuß zu thun, sich bei der Annäherung der k. k. Armee ergaben und die Kais. Farben, die sie nie abgelegt, mitbrachten. Bei ihrer Ankunft in Olmütz sprachen sie die Bitte aus, zu ihrem Regimente nach Italien geschickt zu werden, welche Bitte ihnen nach neuer Eidesleistung auch gewährt werden soll. — Man vernimmt, daß sich viele Ungarische Cavaliere nach Komorn geflüchtet haben; am rechten Donauufer ist der Brückenkopf dieser Festung bereits genommen, und die vermeinte Uneinnehmbarkeit derselben fällt bei dem Umstande weg, daß die Donau und die Waag fest gefroren sind. — Es bestätigt sich, daß Déak in einer entschiedeneren Opposition gegen Kossuth auftritt, und man bezeichnet diesen Ungarischen Staatsmann als denjenigen, welchem demnächst die bedeutendste Rolle in den Angelegenheiten seines Vaterlandes zufiele.

— Einer in das Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz abgegangenen Deputation zur Bevorwortung der Einlösung Ungarischer Banknoten, hat derselbe in unbestimmten Ausdrücken geantwortet, daß man sich vor Allem von dem Gebrauche überzeugen müsse, der von den betreffenden Banknotenpressen gemacht wurde. Man vermuthet, daß ein Theil der in Beschlag genommenen und noch zu nehmenden Güter zu dem Ende wird herhalten müssen. Diesem Schicksal dürften wohl am wenigsten die Pulsky'schen, auf 700,000 G. geschätzten, Herrschaften entgehen.

Wien, den 7. Januar. Nach dem so eben erschienenen 12. Armee-Bülletin ist der Feldmarschall Fürst Windischgrätz am 5. d. Mittags an der Spitze der K. K. Truppen ohne Schwertstreich in Ofen und Pesth eingezogen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 5. Januar. Die Nationalversammlung, in deren Räumen seit dem 4. Mai schon so manche unblutige Pinzipienschlacht geliefert wurde, scheint abermals wieder der Schauplatz eines neuen Kampfes zu werden. Die Kämpfer sind die Orthodoxen und Jesuiten mit Falloux an der Spitze einer-, und die Voltairianer mit Barthelemy St. Hilaire an der Spitze andererseits. Beide Lager stehen kampfgerüstet einander gegenüber. Wenige Tage nach der Junischlacht (am 5. Juli) setzte nämlich die National-Versammlung einen Ausschuß nieder, der ihr ein Gesetz ausarbeiten sollte, um den in Frankreich so sehr vernachlässigten Volksschulunterricht endlich zu verbessern. Carnot, der Minister der provisorischen Regierung, hatte zwar schon Entwürfe vorgelegt, aber sie schienen zu atheistisch. An die Spitze des Ausschusses trat nun der bekannte Mitarbeiter des Journal des Débats, Herr Barthelemy St. Hilaire. Seit dem 5. Juli hielt derselbe 54 Sitzungen, von denen keine über 3 Stunden dauerte und in welchen der Carnotsche Entwurf umgeworfen ward. Herr St. H. und seine Collegen waren endlich dahin gelangt, ein neues Gesetz von mehr als 100 Artikeln zu vollenden, und es der Nationalversammlung vorzulegen, als Falloux, der neue Unterrichtsminister, gestern im Moniteur das mühsame Werk für unhaltbar erklärte und durch Ernennung neuer Commissionen mit einem Schlage vernichtete. Somit wäre nun die Schlacht zwischen den Jesuiten und Voltairianern begonnen.

— Fast alle Minister unter Louis Philipp befinden sich jetzt in Paris; Herr Guizot wird morgen erwartet. Wahrscheinlich werden sie im Mai alle in die neue Kammer gewählt.

— Der Moniteur meldet die Ernennung des Viceadmirals Cecile zum Gesandten der Französischen Republik bei J. M. der Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland; ferner die des Herrn v. Lagrené zum General-Bevollmächtigten der Französischen Republik für die Conferenzen, welche Behufs Regelung der Italienischen Frage in Brüssel eröffnet werden sollen. Hierdurch zerfällt die Gegenbehauptung der Patrie, welche den Congreß gar nicht stattfinden lassen wollte.

— Gegenwärtig tritt eine Französisch Englische Gesellschaft zur Ausbeutung der Californischen Goldgruben zusammen.

— Gestern Mittag zog eine Deputation alter Soldaten des Kaiserreichs in Uniform mit einem von sieben Mann getragenen kolossalen Blumenstrauße durch die Straßen, um sich nach dem Präsidentschafts-Palaste zu begeben. — General Jerôme Bonaparte wurde vorgestern in sein Amt als Gouverneur der Invaliden eingesetzt. Der Gensdarmerie-Kommandant Thiboulon, welcher im Jahre 1836 als Gensdarmerie-Offizier den amnestirten Louis Bonaparte von Straßburg nach Rochefort geleitete, ist zum Gouverneur des Elysée ernannt worden.

Paris, den 6. Jan. National-Versammlung. Sitzung vom 6. Januar. Vice-Präsident Havin eröffnet die Sitzung um $2\frac{1}{2}$ Uhr. Das Protokoll wird verlesen und genehmigt. Eine bedeutende Zahl von Deputirten verlangt Urlaub. Bewilligt. Die Versammlung nimmt die Gefängniß-Arbeitsfrage wieder auf. Die Debatte war beim Artikel 2. des Gesetz-Entwurfs stehen geblieben, der im Gegensatze zur provisorischen Regierung die Arbeit mit der Bedingung in den Gefängnissen wieder einführt, daß sich die Gefängniß-Direction wegen des Absatzes der Produkte an die Handelskammern der betreffenden Städte wenden. De Raucé erhebt sich gegen diese Beschränkung der Staatsgewalt. Er giebt dem Plane Senard's, welcher jene Produkte für die Staats-Consumtion vorbehielt, den Vorzug. Stourm räth, den Artikel und den ganzen Entwurf anzunehmen. Er verliert sich in lange ökonomische Betrachtungen. Roux Carbonnel und Senard vertheidigen Jeder ihre Entwürfe. Nach Senard's Vortrag kommen Interpellationen wegen der Affairen Louis Bonaparte's zu Straßburg und Boulogne an die Reihe. Malleville betritt die Tribüne und entschuldigt sich zuvörderst, daß er den Lauf der Verhandlungen durch eine Interpellation störe. Seit längerer Zeit, fährt er fort, brachten die Journale Mittheilungen, welche ihn mehr oder minder verdeckt anklagten, öffentliche Papiere unterschlagen oder sich sonstwie bei gewissen Unternehmungen betheiligt zu haben. „So lange diese Mittheilungen von Privat-Organen ausgingen", fährt er fort, „hielt ich sie nicht der Widerlegung werth. Heute Vormittag aber bringt die Liberté einen Brief von unserem Kollegen Germain Sarrut, welcher mich geradezu der Unterschlagung gerichtlicher Papiere und der Urheberschaft an der Expedition von Boulogna anklagt. (Der Exminister liest den Brief vor.) Ich gestehe, meine Herren, daß ich nie daran dachte, daß ich mich jemals würde gegen den Verdacht des Diebstahls öffentlicher Papiere zu rechtfertigen haben, und ich besteige die Tribüne, um meinen Ankläger zur Aufklärung herauszufordern. Die Aktenstücke, welche sich auf Straßburg und Boulogne beziehen, sind von mir nach meinem Eintritt in das Ministerium eingeschlossen und versiegelt worden und befinden sich noch unter diesem Verschlusse. Ich habe nicht in deren Herausgabe gewilligt, weil ich diese Papiere für viel zu wichtig halte. Ich erkläre daher Jedermann, der es wagen sollte, zu behaupten, Herr von Malleville habe diese Papiere unterschlagen, für einen Lügner.." (Bravos.) Leon Faucher, Minister des Innern: „Die Worte des ehrenwerthen Herrn von Malleville bedürfen keiner Bestätigung. Seine Ehre angreifen, hieße die Ehre des ganzen Kabinets angreifen. Ich bestätige hiermit, daß die in Rede stehenden Papiere noch unter Siegel liegen und es bleiben werden. Niemand wird seine Hand daran legen, denn sie gehören dem Staate." (Bravos.) Der Gegenstand scheint erledigt. Dupont (aus Bussac) wünscht aber nun seinerseits das Kabinet zur Rede zu stellen, warum Herr von Malleville aus dem Kabinet geschieden, ohne daß sich das Kabinet selbst auflöste? Malleville erwiedert sehr ausweichend und versichert nur der Versammlung, daß kein politisches Motiv seinen Austritt herbeigeführt habe. Nach einigen Bemerkungen Dupont's und Faucher's läßt Marrast die Debatte fallen und schließt die Sitzung um $6\frac{1}{4}$ Uhr ohne bestimmte Beschlüsse.

— Gestern Vormittag empfing Louis Bonaparte in seinem Präsidentschaftshotel eine Polnische Deputation. General Rybinski stellte dem Präsidenten die Stabsoffiziere und sonstigen Notabilitäten der Revolutionsarmee vor, die sich unter der Deputation befanden und unter denen man namentlich den General Sierawski und den Obersten Zalewski, der funfzehn Jahre auf Kuffstein in Haft gewesen, bemerkte. Olizar, Mitglied des ehemaligen Polnischen Senats, stellte dem Präsidenten die Mitglieder der ehemaligen Polnischen Kammer vor, die sich in der Deputation befanden. Mickiewicz, der bekannte Dichter, hielt die Anrede, welche im Wesentlichen folgendermaßen lautete: „Herr Präsident der Französischen Republik! Gott hat, indem er Sie durch die Stimme des Volks zum ersten Beamten einer großen Nation berief, der Welt die Macht der Nationalgefühle enthüllt. Diese Gefühle beginnen bereits die künstlichen Combinationen individueller oder einseitiger Partei Politik zu beherrschen..... Die moralischen Grenzen dieser volksthümlichen Sympathieen bleiben dem Berechnungsgeiste der gewöhnlichen Politiker unerreichbar; Gott allein kennt die Geheimnisse, welche sich in den Seelen der Völker bewegen. Der reine Geist erräth und der Heldenmuth bekundet sie, indem er die Idee der Zeit verwirklicht. Wir sprechen in der Ueberzeugung zu Ihnen, daß wir die Meinung des Polnischen Volkes und vieler Millionen unserer Slavischen Brüder vertreten. Wir wollen unseren Geist zum Allerhöchsten erheben und ihn bitten, daß er Sie in Erfüllung Ihres Amtes segnen möge, welches eben so unermeßlich ist, als die Kraft, die Ihnen das moralische Gefühl des Französischen Volks und aller mit ihm verbündeten Völker verleiht. Louis Napoleon! Möge der Geist des Helden, dessen Namen Sie tragen, Sie in Ihren Inspirationen leiten!" Auf diese Anrede antwortete der Präsident, daß sie ihm beweise, wie richtig die Polen seine Stellung auffaßten. „Franzose vor Allem," sagte er, „vereinige ich mich mit Frankreich in seinen lebhaften Sympathien für Polen und wünsche, daß diese Sympathie von allen Völkern getheilt werden möge." Dann wandte er sich an einzelne Mitglieder der Deputation und erkundigte sich nach den Gründen, welche die politischen Parteien der Emigration spalte, so wie nach den materiellen Bedürfnissen der Flüchtlinge.

Großbritanien und Irland.

London, den 4. Januar. Ueber die jammervollen Zustände im Westen Irlands berichtet der Standard: „Die täglich ankommenden Nachrichten aus den westlichen Bezirken lassen leider vermuthen, daß noch vor dem Schlusse des Januars, das Reich abermals in Schrecken gesetzt werden wird durch Schilderungen über eine Menge Todesfälle aus Nahrungsmangel; Schilderungen, welche eben so entsetzlich lauten dürften, als diejenigen aus Skull und Skibbeeren im Winter 1846 — 47. Die Todesfälle durch Mangel, durch Kälte, durch Krankheiten, welche Folgen der Entbehrung und des mangelhaften Schutzes gegen die unbarmherzige Strenge der Witterung sind, haben eine furchtbare Höhe erreicht. Die entferntern Bezirke von Galway und Mayo leiden die meiste Noth; aber in kurzer Zeit, sobald die Kartoffeln ausgehen, muß der Hunger — denn der Hunger hat sich theilweise eingestellt — sich fast überall hin in die umliegenden Grafschaften verbreiten. Die ganze Unterstützung beruht jetzt auf den Armensteuern. Sie sind dem Namen nach beträchtlich, werden aber nicht bezahlt. Und in der That, wenn morgen das ganze Eigenthum vieler Gemeindegüter verkauft würde, möchte der Erlös nicht hinreichen, um die Armen nur für die nächsten drei Jahre zu erhalten."

— Die „Times" berichtet über eine neue, von Hrn. Augustus Applegath erfundene Verbesserung an ihrer Dampfdruckmaschine, vermittelst welcher sie seit dem 3. Okt. v. J. im Stande ist, in jeder Minute 150 Abdrücke ihres rieshaften Blattes zu liefern, während früher nur 5000 Abdrücke in der Stunde möglich waren. Die Aenderung besteht, kurz gesagt, darin, daß an die Stelle der horizontalen Bewegung, mittelst welcher auf den gewöhnlichen Maschinen die den Satz in sich fassende Form unter der Druckmaschine hin- und hergeht, eine gleichförmige rotatorische Bewegung gesetzt ist, so daß die Lettern gleichsam auf einem Cylinder aufgebaut sind, der sich um eine perpendikulaire Axe bewegt. Dadurch ist der bisherige Hin- und Widerstoß der drei Viertel einer Tonne schweren Form vermieden, und somit eine größere Geschwindigkeit ermöglicht.

— Die Zahl der bis gestern in Endland und Schottland angemeldeten Cholerafälle betrug 5640, die der Todesfälle 2617, der Genesenden 990. In Glasgow wüthet die Cholera am stärksten.

— Die Times und die Morning Post zeigen an, daß Lola Montez sich nun ebenfalls nach England, dem Asyl aller flüchtigen oder ausgetriebenen politischen Notabilitäten, zurückgezogen hat. „Diese vielgenannte Person, die allzu bekannt ist, als daß man noch nöthig hätte, ihre Abenteuer dem Publikum in's Gedächtniß zurück zu rufen" (wie die Times sich in einer Stelle vom kleinsten Druck vernehmen läßt) ist am 30. Decbr. in London von Boulogne, wahrscheinlich viâ Dover oder Falkestone, angekommen. Ihr Gepäck hatte sie mit „Maria, Gräfin von Landsfeld" bezeichnet.

— Punch — der in anschaulichen Vignetten die wechselvollen Lebensscenen Ludwig Bonaparte's neben einander stellt, wie er hier einen Adler unter dem Arm und den Hut des Onkels auf der Degenspitze durch die Straßen von Boulogne rennt, dort durch Polizeidiener auf die Mairie und ins Gefängniß geführt wird, endlich aber wie vor dem auf dem Präsidentenstuhl Inthronisirten Republikaner und Legitimisten gleichmäßig den Staub küssen — sagt in einem Artikel „der Heirathsmarkt": das Haus Coburg, welches seit unvordenklicher Zeit gewohnt sei alle Europäischen Höfe auf kürzeste Bestellung mit Bräutigamen und Bräuten zu versorgen, fühle über die Wahl Ludwig Bonaparte's zum Präsidenten von Frankreich das lebhafteste Vergnügen, insofern er noch Junggeselle sei, und da dieses Haus bisher noch keine Präsidentin geliefert, so werde es sich beeifern Se. republikanische Hoheit in dieser Beziehung auf das prompteste und solideste zu bedienen. Dieß sei auf einem Familiencongreß irgendwo in Sachsen beschlossen worden.

— „Wären", so schreibt das Manchester Journal, „Menschenliebe und Wohlthätigkeit Gründe zur Beförderung in der Kirche, so müßte die Schwedin Jenny Lind ohne Frage sogleich zum Bischof gemacht werden. Diese mildherzige Dame war diese Woche in Manchester, gemäß ihrem von freien Stücken gegebenen Versprechen die Erträgnisse zweier Concerte dem Manchesterer Krankenhaus zu widmen. Die Concerte haben soeben stattgefunden, und eine in diesem Theil Englands unerhörte Einnahme geliefert, indem sie nicht weniger als 2880 Pf. St. ertrugen. Der Zauber ihrer Stimme und der Reiz ihrer ungezierten Bescheidenheit brachten einen unbeschreiblichen Enthusiasmus hervor. Kurz, Jenny Lind hat alle Herzen in Manchester gewonnen und alle Köpfe schwindlich gemacht."

— Der in Folge wiederholter Schlag-Anfälle am Neujahrstage verstorbene Graf Auckland war 1784 geboren und zweiter Sohn von William Eden, Baron Auckland, einem unter Pitt sehr angesehenen Staatsmanne. Seit 1830 hat derselbe die Aemter eines Präsidenten des Handelsamts, ersten Lords der Admiralität und des General-Statthalters von Ostindien bekleidet. Seine Verwaltung, die bis 1841 dauerte und ihm 1839 die Pairswürde eintrug, ist durch den Krieg mit den Afghanen und den Aufstand von Kabul bezeichnet. Als 1846 ein Whig-Ministerium wieder ans Ruder kam, wurde Lord Auckland wieder erster Lord der Admiralität.

— In Windsor fand bei Hofe zum Neujahrstage die gewöhnliche Austheilung von Geschenken an die Ortsarmen statt. Vertheilt wurden 500 Vierpfundbrote, 720 Pfd. Plumpudding, 1300 Pfd. Rindfleisch, 161 Decken und 3 Scharlachmäntel, 1222 Yards Kattun und 628 Yards Flanell. Die Austheilung geschah in der Reitschule in Anwesenheit der Königin, des Prinzen Albrecht und eines zahlreichen Hofstaates.

— Gestern ist die Briefpost auf der Eisenbahn zwischen Bristol und London zweimal geplündert worden. Der Raub wurde unter dem Schutze der Dunkelheit am Morgen und Abend verübt und hatte natürlich vorzugsweise die Geldbriefe zum Ziel. Die beiden Urheber des letzten Diebstahls sind ergriffen; einer derselben ist ein ehemaliger Kondukteur der Great-Western-Bahn. Die Untersuchung dieser Vorfälle beschäftigt die Postbeamten auf das Lebhafteste; das Resultat ist noch nicht bekannt. Nach den, wohl übertriebenen Angaben des Standard sind gestern für 200,000 Pfd. ausgebliebene Rimessen angemeldet worden. Der Globe weiß wenigstens von einem fehlenden Briefe, der 4000 Pfd. in Noten enthalten soll.

— Die Times weisen auf wichtige Fragen der Auswanderung hin, auf welche die Gesetzgebung bald ihre Aufmerksamkeit werde lenken müssen. Sie bemerken, daß seit dem Januar 1847 eine halbe Million Menschen die britischen Küsten verlassen, und daß seit Januar 1848 diese beispiellose Auswanderung die Gestalt eines freiwilligen und regelmäßigen Stromes angenommen habe; eine sichtbare Abnahme des fortreißenden Furors sei nicht vorhanden. Daraus könne man schließen, daß für einige Zeit fast der ganze jährliche Anwachs der heimathlichen Bevölkerung davoneilen werde. Besondere Rücksicht nehmen die Times bei ihren Betrachtungen auf Irland. Sie meint, daß von der jährlichen Schaar gewiß nicht weniger als 200,000 Irländer seien, und da nach gewöhnlicher Rechnung der natürliche Zuwachs einer Bevölkerung von 8 Millionen nicht mehr als 100,000 betragen werde, so folge, daß Irland jetzt eine Entvölkerung von jährlich 160,000 erleiden müsse, wenn man Fieber und Hungersnoth in Rechnung bringe. Möge dies nun eine befriedigende, eine tröstliche, oder eine nothwendige Thatsache sein; auf jeden Fall sei es eine ernste und bilde in der angeregten Frage ein neues Element. Aus den Betrachtungen, welche die Times anstellen, ergiebt sich, daß einstweilen von Seiten des Staates wenig zu thun sei in Bezug auf die Auswanderungsfrage, daß sie sicherlich jetzt noch nicht reine Staatgangelegenheit werden könne. Dies Ergebniß stützt sie vorzüglich auf drei

Gründe: „Es fehlt Geld, die Ausgewanderten werden gut aufgehoben sein und die Bewegung ist uns über den Kopf gewachsen.“

Schweiz.

Bern, den 2. Jan. Die „Neue Schweiz“, das Organ Baumgartners, hat gleich bei Annahme des neuen Bundes auf die großen Finanzschwierigkeiten für die neuen Behörden aufmerksam gemacht und kommt nun auf dieses Kapitel zurück. Sie schreibt: Der finanzielle Zustand der Schweiz ist kurz folgender: 1) Die früher nicht unbeträchtliche Kriegskasse ist verbraucht. 2) Die vorhandenen Pfandtitel mußten zur Aufnahme des mehrbelobten Anlehens von 3 Mill. Franken faustpfändlich versetzt werden. 3) Wenn auch die ganze Kriegskontribution von Seite der sieben Kantone einginge, so wird sich doch noch eine Schweizerische Centralschuldenlast herausstellen, die verzinset werden muß. 4) Die Schweiz hat zur Stunde gar keine anderen Einkünfte, als den kleinen Grenzzoll, der nicht genügen kann, um die Schuldenzinsen und die Centralausgaben zu decken. 5) Zum Sparen werden nicht die mindesten Anstalten gemacht, sondern man ist allerwärts thätig, die Ausgaben auf die höchste Spitze zu treiben, was eine fortgesetzte Erhöhung der Schuldenlast nothwendig zur Folge haben muß. Das sind die finanziellen Erfahrungen und Aussichten der Schweiz.

Freiburg, den 31. Dec. Eine Deputation des hiesigen Gemeinderaths hat heute dem Minister v. Wessenberg ihre Aufwartung gemacht, um ihn aus Anlaß seiner Rückkehr in unsere Mitte zu begrüßen und ihn wegen der Rettung aus den mannichfachen persönlichen Gefahren, die den hochachtbaren Greis während des Aufstandes zu Wien umgaben, zu beglückwünschen. Er nahm die Deputaion aufs Zuvorkommendste auf. Heute morgen ist ein Bataillon des hier garnisonirenden Regiments nach Achern, Renchen und Umgegend von hier abgegangen. Man hat damit die fabelhaftesten Gerüchte z. B. von Aufstand und Ermordung eines Beamten in Zusammenhang gebracht. Daran ist nicht nur nichts Wahres, sondern die Besetzung jener Gegend hat dem Vernehmen nach keinen andern Zweck, als den der Vorkehr, um etwaigen Versuchen der Ordnungsstörung mit der nöthigen Kraft entgegenzutreten. Solche Versuche soll man einerseits wegen gewisser Aeußerungen von Flüchtlingen im Elsaß, andererseits wegen der durch allerlei Mittel neuerdings künstlich genährten Gereiztheit der Gemüther, die auch der gewöhnlichste und unbedeutendste Anlaß bisweilen zu Thätlichkeiten fortreißt, nicht für unmöglich halten.

Italien.

Rom, den 26. Dec. In der heutigen Sitzung empfingen die Kammern eine Botschaft von der Junta, worin sie ihnen erklärt, daß, wenn das Ministerium und die Kammern den Gesetzentwurf zur Einberufung der konstituirenden Versammlung nicht sofort ausarbeiten und proklamiren, sie selbst diese Versammlung proklamiren würde. Das Ministerium las hierauf den Gesetzentwurf zur Ausschreibung der Wahlen vor und stattete seinen Bericht ab, der mit dem Antrage schloß, die Constituante sofort einzuberufen. Als die Kammer zur Abstimmung schreiten sollte, zögerte sie. Da schrie das Volk von den Gallerieen herab über Verrath und bedrohte die Mitglieder der Majorität an der Freiheit. Diese stimmten aber trotz aller Drohungen gegen sofortige Proklamirung der Constituante. Großer Tumult. Um dieses Votum zu annulliren, schienen sich Mitglieder aus dem Saal gestohlen zu haben, denn die Kammer sei nicht mehr vollzählig, hieß es plötzlich, und das Votum gelte nicht. Das Volk pfiff, die Sitzung ging auseinander, und das Ministerium versprach, jetzt ohne die Kammern zu handeln. Der Papst hat jede Intervention ausgeschlagen.

Rom, den 27. December. Der Papst hat jede Intervention ausgeschlagen. — Die Encyclica des Papstes, durch welche er seinen Protest vom 27. November bestätigt, die Einsetzung der Junta für ein direktes Attentat auf die Souveränetät erklärt, und allen Akten der Regierung seit dem 16. November jede rechtliche Gültigkeit abspricht, auch feierlich wiederholt, daß er die weltlichen Rechte, die er von seinem Vorgänger übernommen, an seinen Nachfolger unverkürzt aushändigen wolle, hat das Schicksal der früheren Erlasse gleicher Art gehabt: sie ist überall abgerissen, beschmutzt und beseitigt worden. Indessen hat sich in Folge dieses Ereignisses aller Gemüther eine Bestürzung bemächtigt, welche die Parteiführer noch zu keinem Beschluß hat kommen lassen. Nach der „Alba“ scheinen die Minister jetzt im Einverständnisse mit der Junta selbstständig handeln zu wollen. Also eine Art collectiver Diktatur. Das Ministerium war zu den energischsten Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung entschlossen, welche bedroht zu sein schien. Geheime Unterhandlungen sollen mit dem Papste gepflogen werden, und man ging damit um, eine Bittschrift cirkuliren zu lassen, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Unterdessen lauten die Nachrichten aus Nord-Italien immer kriegerischer.

Turin, den 30. Dec. (Franz. Bl.) Alle Postverbindung zwischen der Lombardei und Piemont ist abgebrochen. Die Schnellpost zwischen Genua und Mailand mußte nach Genua zurückkehren, weil sie von den Oesterreichern nicht durchgelassen wurde. Der Krieg gegen Oesterreich ist so gut als entschieden. Karl Albert besichtigt bereits auf einer Rundreise sämmtliche felddienstfähigen Truppen. Das hiesige demokratische Ministerium Gioberti hat übrigens völlig freie Hand, die Kammern sind seit vorgestern aufgelöst und neue Wahlen ausgeschrieben, von denen man erwartet, daß sie in ganz freisinnigem Charakter ausfallen werden. In Florenz sind die Kammern für den 10. Januar einberufen.

Mailand, den 28. December. Eine außerordentliche Kriegssteuer von 4 Mill. 338,293 Lire ist der Provinz Mailand auferlegt worden; sie muß bis Ende Februars entrichtet sein und ist theils zum Unterhalt der Truppen, theils zur Entschädigung der Offiziere und Beamten der früheren Garnison bestimmt, welche während der Revolution ihre Effekten verloren hatten. Die Offiziere hatten früher deshalb eine Bittschrift dem Marschall eingereicht. Zum Beweise der noch immer feindseligen Stimmung gegen die Oesterreichische Herrschaft wird bemerkt, daß das Bild des Kaisers Franz Joseph hier mit Koth bewo fen wurde, so daß kein Kunsthändler dasselbe zur Schau aushängen will. Alle Frauen gehen in Trauer. Die Eröffnung der Scala fand am 26. December statt; das herrliche Theater bot jedoch einen traurigen Anblick, indem die Logen leer, ja selbst ganz verhängt waren; dieser Anblick wurde noch düsterer, als sogar Fledermäuse in den weiten Räumen herumschwirrten. Die Nachricht, daß Ludwig Bonaparte den Sieg bei den Französischen Wahlen davon getragen habe, hat die Mailänder mit neuen Hoffnungen erfüllt, jedenfalls mit freudigeren, als die Thronbesteigung des neuen Kaisers.

Florenz, 28. December. Der Antagonismus zwischen Piemont und Toscana zeigt sich eben jetzt wieder in der Lunigiana, diesem alten Zankapfel: Piemontesische Truppen sind über die Grenze gegangen, haben die Toscanische Mannschaft vertrieben und ein Paar kleine Ortschaften besetzt. Die Ruhe ist in der Hauptstadt nicht gestört worden. Noch immer ist der Tag der Kammereröffnung nicht angesetzt: es heißt, Meinungsverschiedenheit im Kabinet in Betreff der Thronrede sei Schuld daran. Von dieser Meinungsverschiedenheit spricht man schon längst: namentlich soll sie bei der Frage zum Vorschein gekommen sein, ob der Toscanische Ministerresident in Rom sich nach Gaëta zu begeben habe?

— Seit einigen Tagen findet eine unangenehme Differenz zwischen der hiesigen und der Piemontesischen Regierung statt. Truppen der letzteren hatten das Toscanische Grenzdorf Parana besetzt und die daselbst befindliche diesseitige Garnison vertrieben, wie es heißt, noch auf Befehl des Ministeriums Pinelli. Parana, früher zur Modenesischen Lunigiana gehörig, hatte sich durch freies Votum an Toscana angeschlossen; Sardinien behauptet aber, bestimmte Rechte darauf zu haben. Das neue Ministerium in Turin wird wohl ohne Zweifel rasch eine friedliche Lösung dieser Differenzen bewerkstelligen.

— In dem gestern veröffentlichten Rechenschaftsberichte des Magistrats der Stadt Florenz figurirt ein jährliches Defizit von 430,000 Lire (etwa 100,000 Rthlr.).

Marktbericht.

Berlin, den 9. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26½—27 Rthlr., p. Frühjahr 82pfd. 28½ Rthlr. Br. u. bez, 28 G. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 18—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15 — 16½ Rtlr., p. Frühjahr 48 pfd. 15¾ Rthlr. Br. Rüböl loco 13 Rthlr. Br. u. bez., $12\frac{11}{12}$ G. p. diesen Monat dito. Jan./Febr. $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Br. u. bz, $12\frac{19}{24}$ G. Febr./März 12¾ à 12⅔ Rthlr. März/April 12⅔ — 12⅝ Rthlr. April/Mai 12⅔ à $12\frac{7}{12}$ Rthlr. — Spiritus loco ohne Faß 14¾ — ⅚ Rthlr. bez. p. Jan. 15 à 14⅚ Rthlr. Febr. 15½ à 15¼ Rthlr. p. Frühjahr 16⅔ à 16½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 9. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	100½
Staats-Schuldscheine	3½	79	78½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	96	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	97¾	97¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	84¼	-
Grossh. Posener "	4	96¼	95¾
" "	3½	81⅜	.
Ostpreussische "	3½	—	90¾
Pommersche "	3½	—	90½
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	90¾
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	92¼	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	80
" Prioritäts-	4	87½	—
Berlin-Hamburger	4	—	—
" Prioritäts-	4½	—	93½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	62	—
" " Prior. A. B.	4	85¼	—
" " "	5	95	—
Berlin-Stettiner	4	89½	—
Cöln-Mindener	3½	79½	—
" Prioritäts-	4½	93½	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
" Prioritäts-	4	87½	—
" "	5	—	98¾
" " III. Serie	5	95	—
Ober-Schlesische Litt. A	3½	—	95¼
" B.	3½	—	93¼
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	50
Stargard-Posener	4	71	70½

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Maier.

Zu warnen uns, — uns Bürger, — Meister,
Vor Kobolte und böse Geister,
Vor giftigem Tarantelstich,
Glaubst Du allein berufen Dich?
Mach' nicht — bind' nur Bücher der Geschichte,
Dann wird Dein Handwerk nie zu nichte.
Es bleib' beim Leisten jeder Meister,
Drum steck auch Du die Nas' in Kleister,
Und merkst Du, daß er sauer riecht,
Mach' Neuen! „saurer klebet nicht.“

Ein Meister.